Ende der Unruhen?

Der irische "Friedensprozeß"

Fünfundzwanzig Jahre Guerilla-Krieg und Repressionen in Nordirland schienen im Spätsommer des letzten Jahres in Nordirland ein Ende zu finden. Im August 1994 erklärte die Führung der Provisorischen Irischen Republikanischen Armee (IRA) die "vollständige Einstellung der Gewaltanwendung" gegen den britischen imperialistischen Staat. Zwei Monate später erklärte die Führung der protestantischen loyalistischen paramilitärischen Gruppen, das Combined Loyalist Military Command, eine unbefristete Waffenruhe, die so lange andauern solle, wie sich die IRA aller Feindseligkeiten enthalte.

Diese Ereignisse, noch vor kurzer Zeit undenkbar, waren das Ergebnis jahrelangen Manövrierens zwischen der britischen Regierung und der IRA. Gespräche zwischen Gerry Adams, Präsident von Sinn Fein, und John Hume, Führer der Social Democratic and Labour Party (SDLP), wurden zum Katalysator einer Reihe von Manövern der britischen Regierung und der Regierung der Republik Irland, die darauf abzielten, die IRA dazu zu bringen, den bewaffneten Kampf gegen einen Platz am Verhandlungstisch einzutauschen. Dies führte Ende 1993 zur Erklärung von Downing-Street, unterzeichnet vom britischen Premier John Major und dem damaligen irischen Taoiseach (Premier) Albert Reynolds, in der der Kampf für ein vereinigtes Irland als "legitimes politisches Ziel" anerkannt wurde. In ihr wurde auch eine frühere Stellungnahme des britischen Ministers für Nordirland, Peter Brooke, wiederholt, daß Britannien "kein selbstsüchtiges strategisches oder wirtschaftliches Interesse an Nordirland" habe.

Gerry Adams, Führer von Sinn Fein, bereit zum Deal mit den britschen Imperialisten

Da Nordirland offiziell als integraler Bestandteil des "Vereinigten Königreiches" bezeichnet wird, ist dies ein ziemlich überraschendes Zugeständnis. Die britische herrschende Klasse betrachtet den sektiererischen Kleinstaat, an dessen Schaffung sie selbst in den 20er Jahren maßgeblich beteiligt war, heute offenbar als eine Last. Die Überalterung und der Verfall der Industrie - Schiffbau, Textil und Maschinenbau -, die einst von strategischer Bedeutung für die britische Wirtschaft war, und das Anwachsen von Investitionen aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft sowie den USA und Japan in der Irischen Republik, haben die Bedeutung Nordirlands für den britischen Imperialismus zunehmend reduziert. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die Provinz auch viel von ihrem militärischen Wert als Marine-Vorposten verloren. Daher bleibt Britannien zur Zeit vor allem deshalb in Nordirland, weil sich die anderthalb Millionen Protestanten weigern, sich mit der Irischen Republik zu vereinen und ein sektiererisches Blutbad im Falle eines Abzuges der britischen Truppen befürchtet wird.

Der jetzige Konflikt in Nordirland begann im Jahre 1969 mit der Niederlage der Bürgerrechtsbewegung der katholischen Minderheit. Seine Wurzeln liegen jedoch in der mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden systematischen Diskriminierung und der niederträchtigsten sektiererischen Unterdrückung der katholischen Bevölkerung der Provinz. Nordirland wurde als Ergebnis eines Vertrages geschaffen, der von der irischen katholischen Bourgeoisie als ein Ausweg aus dem 1918 ausgebrochenen Unabhängigkeitskrieg gesehen wurde. Dem Kampf um Unabhängigkeit war Ostern 1916 ein bewaffneter Aufstand vorausgegangen, in dem ein Bündnis zwischen der Irish Citizen Army, einer Arbeitermiliz, geführt von James Connolly, dem führenden Marxisten der Insel, und den größeren Irish Volunteers, geführt von Padraic Pearse und anderen Nationalisten, versuchte, einen Massenaufstand gegen die britische Herrschaft zu entfachen. In ihrem eigentlichen Vorhaben haben sie versagt. Aber die blutige Antwort des britischen Imperialismus, die Aufständischen gnadenlos hinzurichten, löste sofort nach dem Krieg einen antikolonialen Aufstand aus und zwang den britischen Imperialismus, einer eingeschränkten irischen Unabhängigkeit zuzustimmen. Der irischen Bourgeoisie lag viel daran, das ganze gefährliche Treiben so bald wie möglich zu beenden. Nach der Unterzeichnung eines Vertrags, in dem Treue zur britischen Krone geschworen und die Teilung Irlands in zwei Staaten sanktioniert wurde - ein überwiegend katholisches neokoloniales "Herrschaftsgebiet" im Süden, und ein britisch beherrschter, mehrheitlich protestantischer Kleinstaat im Norden - führte die von Britannien bewaffnete irische Bourgeoisie einen noch blutigeren Bürgerkrieg zur Unterdrückung der radikaleren Nationalisten, die sich weigerten, den Ver-

Fortsetzung auf Seite 13

Irland...

Fortsetzung von Seite 20

trag zu akzeptieren. In dieser Zeit wurde das Fundament für den Konflikt gelegt, der in den späten 60er Jahren ausbrach und bis heute andauert.

James Connolly warnte davor, daß die Teilung Irlands zu einer "Orgie der Reaktion" führen würde, der die irische Arbeiterklasse, im Norden und im Süden, lange lähmen würde. Das ist es im wesentlichen, was nunmehr seit über siebzig Jahren geschieht. Auf beiden Seiten der Grenze spielte die ungelöste nationale Frage die Rolle eines Blitzableiters, der die Klassengegensätze in die Sackgasse nationalen Hasses leitete.

Die Konsolidierung eines sektiererischen protestantischen Kleinstaates im Norden bedeutete die systematische Unterdrückung der katholischen Bevölkerung. Historisch wurden Katholiken in Bezug auf Arbeit und Wohnungen diskriminiert. Das Bildungswesen war geteilt - die staatlichen Schulen waren den Protestanten vorbehalten, während die Katholiken staatlich subventionierte konfessionelle Schulen besuchten. Wahlbezirke wurden willkürlich festgelegt, um die Kontrolle der Katholiken selbst über jene Bezirke zu verhindern, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Pogrome von Polizei und loyalistischen Schlägertrupps waren schon immer ein wichtiges Mittel, um die katholische Minderheit im Zaum zu halten. Bis zum heutigen Tag gibt es nicht einmal einen rudimentären Ausdruck politischer Unabhängigkeit der Arbeiterklasse. Die protestantische Arbeiterklasse unterstützt größtenteils den einen oder anderen Flügel der reaktionären Unionisten, während die katholische Arbeiterklasse entweder Sinn Fein, die "radikale" Partei des kleinbürgerlichen republikanischen Nationalismus, oder die Social Democratic and Labour Party von John Hume unterstützt, die, trotz ihres Namens, gar keine Partei der Arbeiterklasse, sondern vielmehr die Partei der aufstiegsorientierten katholischen Mittelklasse in Nordirland ist.

Das Gegenstück zu dem aus 6 Grafschaften bestehenden und zu einer Festung ausgebauten loyalistischen Staat ist der in 26 Grafschaften gegliederte klerikal geprägte Staat im Süden. Dort ist die katholische Doktrin in der Verfassung festgeschrieben, die Abtreibung und Scheidung, und bis vor kurzem sogar die Schwangerschaftsverhütung verbietet; die Kirche übt ungeheuren Einfluß auf Angelegenheiten aus, die in anderen Ländern als weltlich angesehen werden. Die Labour Party ist im Vergleich zu anderen europäischen bürgerlichen Arbeiterparteien klein und bekleidet Regierungsämter höchstens als Juniorpartner der vorherrschenden Parteien der irischen Bourgeoisie, Fianna Fail und Fine Gael, die beide aus den republikanischen Organisationen der 20er Jahre hervorgegangen sind.

Die Revolte gegen die Union: 25 Jahre Krieg

Die Revolte gegen den nordirischen "protestantischen Staat für ein protestantisches Volk" Ende der 60er Jahre war Teil der internationalen Radikalisierung von StudentInnen und ArbeiterInnen. Die Bürgerrechtsbewegung konzentrierte sich auf grundlegende demokratische Fragen wie die Gleichberechtigung bei Wahlen, den gleichen Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnungen usw. Die radikalen StudentInnen, die anfänglich die Bürgerrechtskampagne organisierten, besaßen trotz eines vage sozialistischen und antisektiererischen Standpunktes kein klares politisches Pro-

Sinn Fein-Politik in der Praxis: Nationalismus statt Sozialismus

gramm. Als die loyalistischen Reaktionäre ihre traditionelle Methode - das Schüren sektiererischen Hasses - zur Bekämpfung "aufmüpfiger" Katholiken einsetzten, war die Bürgerrechtsbewegung folglich programmatisch unfähig, ernsthaft zu versuchen, den Block der Unionisten von innen her - durch Appelle an die protestantischen ArbeiterInnen auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Klasseninteressen - zu sprengen.

Das Ergebnis war eine Welle von Pogromen gegen Ghettos der katholischen Arbeiterklasse, wobei besonders die "Schlacht der Bogside" im Jahre 1969 hervorzuheben ist, in der die Polizei systematisch das katholische Zentrum von Derry angriff und die Bewohner sich mit großem Mut zur Wehr setzten. Als Antwort darauf schickte Harold Wilsons Labour-Regierung britische Truppen auf die Strassen von Derry und Belfast, um die "Ordnung" wiederherzustellen und die Auseinandersetzungen zu unterdrücken. Nachdem die katholische Bevölkerung die britischen Truppen für kurze Zeit als Retter begrüßt hatte, führten die unvermeidlichen Zusammenstöße zwischen Soldaten und katholischer Arbeiterklasse zum Wiederaufleben des traditionellen Republikanertums, das als einzige Kraft fähig zu sein schien, die katholische Bevölkerung gegen den Staat und die mörderischen loyalistischen Pogrome zu verteidigen.

Die alte "offizielle" IRA war in den Jahren zuvor unter den ideologischen Einfluß der britischen Kommunistischen Partei gekommen und spielte damit den bewaffneten Kampf zugunsten eines üblicheren stalinistischen Reformismus herunter. Als 1969 das katholische Ghetto Falls Road in Belfast angegriffen wurde, waren die "Offiziellen" unvorbereitet - und nirgends zu finden. (Auf vielen Mauern in der Falls Road konnte man lesen: "IRA = I Ran Away" ("IRA = Ich bin weggelaufen")). Als Resultat dieses demütigenden Versagens wurden die "Offiziellen" binnen kurzem von der Provisional IRA in den Hintergrund gedrängt, die sich in Opposition zum neu entdeckten "Marxismus" im August 1969 von der Mutterorganisation abgespalten hatte. Die Provisionals, die sich verpflichteten, die Traditionen des historischen Nationalismus und der "physischen Gewalt" zu bewahren, wurden im folgenden Vierteljahrhundert zur vorherrschenden Gruppe unter den radikalen Katholiken Nordirlands.

Fünfundzwanzig Jahre "bewaffneten Kampfes" haben bewiesen, daß der britische Imperialismus ebenso unfähig ist, die Nationalisten zu besiegen, wie die IRA außerstande ist, die Niederlage der Briten herbeizuführen. Während dieser Periode befand sich der nordirische Kleinstaat in einem instabilen Zustand. 1971 strich Brian Faulkner, Premier der Provinz, die *Habeas-Corpus*-Akte und führte die verhaßte Politik der Internierung ein, wonach Personen auf den bloßen Vorwurf republikanischer Aktivität hin ohne Verhandlung eingesperrt werden können. Auf dem Höhepunkt einer internationalen Protestwelle gegen die Erschiessung von vierzehn BürgerrechtsdemonstrantInnen durch britische Soldaten am "Blutigen Sonntag" im Januar 1972, wurde die protestantisch-sektiererische Verwaltung, die die Provinz ein halbes Jahrhundert regiert hatte, abgeschafft und durch die direkte Herrschaft Londons ersetzt. Der Versuch, mit der Abmachung von Sunningdale die Selbstverwaltung in Nordirland auf der Grundlage "geteilter Macht" zwischen Protestanten und Katholiken wiederherzustellen, wurde 1974 durch einen reaktionären Generalstreik protestantischer ArbeiterInnen sabotiert.

1981 begann sich die Unterdrückung der IRA für die Herrschenden zu rächen. Republikanische Gefangene in Belfast begannen einen Hungerstreik als Antwort auf Margaret Thatchers Versuch, ihnen den Status als politische Gefangene zu nehmen und sie zu "gewöhnlichen Kriminellen" zu erklären. Die "Eiserne Lady" blieb untätig, während zehn IRA-Gefangene starben. Diese Politik, die an die Hinrichtungen von 1916 erinnerte, provozierte eine Flut der Unterstützung für die Gefangenen. Der Führer des Hungerstreiks (und der erste, der starb), der IRA-Freiwillige Bobby Sands, wurde kurz vor seinem Tod in einer Nachwahl ins britische Parlament in Westminster gewählt. Andere Hungerstreikende wurden ins Dail (Parlament der Republik Irland) gewählt. Diese massive und dramatische Sympathiebekundung für republikanische Ziele (wenn auch nicht immer für ihre Methoden) seitens der katholischen Bevölkerung zwang die britische Regierung, einen Weg aus der nordirischen Sackgasse zu suchen.

Ihr erster Versuch war das Anglo-Irish Agreement (Anglo-Irische Vereinbarung) von 1985. Thatcher unterzeichnete diesen Vertrag mit Garrett Fitzgeralds fanatisch anti-republikanischer Fine Gael Regierung: beabsichtigt war, die Kooperation zwischen London und Dublin zur Unterdrückung des "Terrorismus" zu verstärken. Zu diesem Zweck wurde eine ständige Körperschaft - die Anglo-Irische Konferenz - errichtet. Sie blieb im wesentlichen wirkungslos. Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre wurde immer deutlicher, daß die britische Regierung einen Weg zu direkten Gesprächen mit der republikanischen Bewegung finden mußte, um zu irgendeiner "Lösung" des Konfliktes zu kommen

Die Gelegenheit hierzu bot sich nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Regime und der daraus neu entstandenen internationalen Lage. Nachdem kleinbürgerliche Guerilla-Bewegungen ihrer Hauptquelle materieller und moralischer Unterstützung durch den Sturz der UdSSR beraubt worden waren, unterzeichneten sie an verschiedenen Brennpunkten der Welt, vom Nahen Osten über Südafrika bis Mittelamerika, "Friedens"-Verträge mit ihren Unterdrückern, wofür ihnen ein Anschein von Macht gelassen wurde. Die Überzeugungskraft dieser Vorbilder übte, in Verbindung mit der beträchtlichen Kriegsmüdigkeit der katholischen Bevölkerung, einen enormen Druck auf die IRA-Führung aus, eine Konflikt"lösung" zu suchen. Hieraus entstand der jetzige extrem instabile "Friedensprozeß".

Veränderungen in der politischen Landschaft

Die politische Lage in der Republik Irland hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Der Einfluß der katholischen Kirche und der reaktionären nationalistischen bürgerlichen Parteien, Fianna Fail und Fine Gael, ist beachtlich geschwächt worden. Sowohl die hohe Geburtenrate im ka-

tholischen Irland als auch die rückläufige Auswanderung (in der Vergangenheit eine Art "Hauptsicherheitsventil", da die meisten der "überschüssigen" Jugendlichen auswanderten), führten zu einer Verjüngung der Bevölkerung. Über 50 Prozent sind jünger als 25 Jahre. Die irische Jugend sieht neidisch auf die größeren Rechte, die die Jugendlichen anderer europäischer Länder genießen; die Beherrschung des irischen kulturellen Lebens durch den mittelalterlichen Klerus wird immer weniger hingenommen. Dies hat erhebliche politische Erschütterungen verursacht: Die Unterstützung für die reformistische Labour Party nahm auf Kosten der traditionellen irischen bürgerlichen Parteien zu, was dann 1990 zur Wahl einer bekannten irischen Sozialdemokratin und Feministin, Mary Robinson, zur Präsidentin der Republik führte. (Obwohl dieses Amt überwiegend zeremoniellen Charakter hat, besaß dieses Ereignis großen symbolischen Wert.) In der Wahl im November 1992 konnte Labour dann die Zahl ihrer Sitze im Dail verdoppeln und zum wesentlichen Bestandteil der Regierungskoalition werden.

Eine bedeutende Rolle beim politischen Klimawechsel des Landes spielten Kämpfe gegen die Frauenunterdrükkung seitens der Republik Irland. 1992 explodierte der Zorn des jungen Irland, als der irische Generalstaatsanwalt, Harry Whelehan, eine gerichtliche Verfügung erlangen wollte, um eine 14-Jährige, die Opfer einer Vergewaltigung geworden war, daran zu hindern, zur Abtreibung nach England zu reisen. Diese Ungeheuerlichkeit löste in ganz Irland eine Welle des Zorns und Protestes aus, so daß der Oberste Gerichtshof gezwungen war, die Entscheidung der vorhergehenden Instanz aufzuheben und dem Opfer die Reise zu gestatten. Dieser Fall, der als "X case" berühmt wurde, hat den irischen klerikalen Staat bis in die Grundfesten erschüttert. Es folgte ein Referendum, durch das sowohl das Recht bestätigt wurde, für eine Abtreibung ins Ausland zu reisen, als auch das Recht, sich über Abtreibungen im Ausland zu informieren - dies, obwohl Abtreibung in Irland weiterhin illegal ist. Aufgrund von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes und Straßenprotesten wurde der irische bürgerliche Staat gezwungen, Homosexualität zu legalisieren und Verhütungsmittel allgemein verfügbar zu machen. Eine Volksabstimmung über die in Irland ebenfalls illegale Ehescheidung wird wahrscheinlich zwangsläufig in der nahen Zukunft folgen.

Durch den dreisten Versuch der Fianna Fail im letzten Herbst, Harry Whelehan, den Peiniger von "X", zum Präsidenten des irischen Obersten Gerichtshofes zu berufen, blieb dem Tanaiste (Vizepremier) Dick Spring und seinen Labour TDs (Abgeordnete) keine andere Wahl, als die Koalition zu verlassen. Dieser Auszug aus der Koalition brachte Albert Reynolds Regierung mitten im "Friedensprozeß" zu Fall.

Während sich die irische Labour Party als stärkste politische Kraft zur Durchsetzung der Wünsche der Jugend aufspielte, bremste sie die Jugend dennoch maßgeblich, indem sie sich regelmäßig an Koalitionen mit genau den bürgerlichen Parteien beteiligte, die die katholische Doktrin über Jahrzehnte durchgesetzt haben. Regierungen mit Labour-Ministern waren verantwortlich für Massenentlassungen und Privatisierungen staatlicher Industrien. Nachdem der Zusammenbruch der Koalition mit Reynolds erreicht war, führte Spring seine Partei wiederum in eine Koalition, diesmal mit der unverschämt reaktionären Fine Gael Partei. Ihm schloss sich in dieser neuen Koalition die andere, kleinere reformistische Partei Irlands, die sogenannte Democratic Left (Demokratische Linke) an; sie ist ein Produkt der Entwicklung der alten "offiziellen" IRA, die erst in Richtung Stalinismus und dann Richtung Eurokommunismus ging. Irlands sogenannte "linke" Parteien offenbaren also, daß ihnen jeglicher (selbst reformistischer) Impuls fehlt, für die unabhängigen Klasseninteressen der irischen ArbeiterInnen einzutreten.

Die soziale und politische Landschaft des Nordens hat sich in den letzten 20 Jahren ebenfalls dramatisch gewandelt. Alte Muster der antikatholischen Diskriminierung sind teilweise zusammengebrochen, da der Zugang zu Bereichen, die einst Protestanten vorbehalten waren, jetzt offen ist. Die neue und zunehmend selbstsichere katholische Mittelklasse besteht aus Ladenbesitzern, Fachleuten und Bürokraten des öffentlichen Dienstes. Die Situation der protestantischen Arbeiterklasse hat sich verschlechtert, da der industrielle Sektor der Provinz geschrumpft ist. Dies hat, zusammen mit dem Wunsch Britanniens sich herauszuhalten, das Vertrauen in die Zukunft des Unionismus teilweise zerstört. Während die "harten Männer" der Loyalisten eine beachtliche Basis, besonders in Teilen des protestantischen Kleinbürgertums, die von der Konkurrenz der Katholiken bedroht sind, halten können, gibt es in den letzten Jahren einige Anzeichen dafür, daß loyalistische Vorurteile ihre Macht über die protestantische Arbeiterklasse verlieren. Bei verschiedenen Anlässen haben protestantische ArbeiterInnen gegen sektiererische Angriffe auf Katholiken demonstriert. Der bekannteste Vorfall ereignete sich letztes Jahr, als Vertrauensleute der Schiffswerft Harland and Wolff (eine traditionelle Bastion des loyalistischen Fanatismus) ihren Arbeitsplatz verließen, um gegen den Mord an einem katholischen Schweißer durch die Ulster Volunteer Force zu protestieren. Vorfälle wie diese, so isoliert sie auch sein mögen, zeigen, daß es möglich ist, die sektiererische Teilung zu überwinden und eine Politik für Nordirland zu entwickeln, die auf der Klassenzugehörigkeit und nicht auf der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft (im Falle Nordirlands zu einer katholischen oder protestantischen) basiert.

Nationale und Soziale Frage

Für MarxistInnen muß die Haltung zur irischen Frage mit der bedingungslosen Opposition zur britischen imperialistischen Intervention beginnen. Wir sind für den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der britischen Truppen aus Nordirland. MarxistInnen treten für die militärische Verteidigung der IRA in Konflikten mit der britischen und der nordirischen Staatsmacht ein, und wir wenden uns gegen die kriminelle Verfolgung und Inhaftierung von Republikanern durch die Imperialisten und ihre Verbündeten. Darüberhinaus ist die Arbeiterbewegung verpflichtet, mit allen Mitteln, gegen die herrschende Ordnung Nordirlands, mit ihren marginalen Vorteilen für Protestanten und ihrer systematischen Diskriminierung und Unterdrückung von Katholiken, zu kämpfen. Wir stehen dem gesamten Terrorapparat der Loyalisten in bedingungsloser Opposition gegenüber: der Royal Ulster Constabulary, dem Royal Irish Regiment, den paramilitärischen Mörderbanden der Loyalisten. Aber dies ist nur der Anfang der Weisheit. Die Frage lautet: Welches Programm kann eine vereinte Arbeiterklasse dahin führen, das gesamte Staatsregime zu zerschlagen und die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen?

Die nationale Frage in Irland bleibt ein Haupthindernis für Klassenkampf und sozialen Fortschritt. Während es ein partielles Selbstbestimmungsrecht der irischen Katholiken im Süden gibt (besonders seit die 26 Grafschaften nach dem Zweiten Weltkrieg zur Republik wurden), hat der nationale Konflikt im Norden noch immer einen bedeutenden Einfluß auf die irische Politik. Der Konflikt im Norden ist nicht nur

der eines unterdrückten Kolonialvolks, das gegen seine imperialistischen Besatzer kämpft, wie es einem die Republikaner und ihre ebenso schuldigen liberalen Verteidiger in den Reihen der britischen Linken weismachen wollen. Das ist bestimmt ein wichtiger Aspekt. Aber die Existenz von einer Million Protestanten, die 60 Prozent der Bevölkerung der sechs Grafschaften ausmachen, bedeutet, daß jeder Versuch, die Insel gewaltsam zu vereinigen, unvermeidlich einen sektiererischen Konflikt bosnischen Ausmaßes entfachen würde.

Es besteht eine Situation *vermischter Völker*: zwei Völker leben auf demselben Gebiet zusammen. Jeder Versuch des einen oder anderen Volkes, sein Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen, sprich seinen eigenen politischen Staat zu schaffen, wird zwangsläufig entweder zu Vertreibung ("ethnischen Säuberungen") oder Eroberung und Unterjochung führen.

Nach wie vor sind die Protestanten keine voll entwickelte Nation. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um eine unvollständig ausgeformte quasi-nationale Gruppierung, deren politisches Bewußtsein und deren Identität gewissermaßen in einer Zeitmaschine existieren: Sie glauben sich immer noch in den Schlachten der Reformation und der "Glorreichen Revolution" im England des siebzehnten Jahrhunderts. Die Ideologie des Loyalismus ist ein grotesker Anachronismus. Die protestantische Bevölkerung hat sich davon jedoch noch nicht gelöst. MarxistInnen müssen ihre Forderungen zur nationalen Frage so entwickeln, daß sie dieses Bewußtsein - Ergebnis dessen, was Connolly als "Orgie der Reaktion" bezeichnete - untergraben; die protestantische Arbeiterklasse darf nicht durch das Nachbeten der republikanischen Forderung nach "Selbstbestimmungsrecht für das gesamte irische Volk" in die Arme der Paisley-Anhänger (oder gar Schlimmerer) getrieben werden. Es gibt kein "gesamtes irisches Volk"; die Protestanten fühlen sich nicht als Teil irgendeines solchen Volkes. Wenn es für die Vereinigung der katholischen und protestantischen Arbeiterklasse irgendeine Hoffnung geben soll, darf von den Protestanten nicht verlangt werden, daß sie als Vorbedingung für den gemeinsamen Kampf katholische nationalistische Ziele akzeptieren. Während sich MarxistInnen gegen die imperialistische Präsenz wenden, müssen sie sich ebenfalls einer Wiedervereinigung Irlands gegen die Wünsche der Protestanten widersetzen.

Das Ziel von IRA/Sinn Fein ist die Einverleibung der sechs Grafschaften in die bestehende Republik Irland. Die Republikaner wissen, daß der Konflikt in Irland extrem teuer für die britische herrschende Klasse ist, deren Macht in der Welt in diesem Jahrhundert ständig abgenommen hat. Sie wollen Britannien dazu bringen, die Protestanten im Stich zu lassen, auch wenn dies Jahre dauern sollte. Es ist möglich, daß sie auf lange Sicht erfolgreich sein werden; die britische herrschende Klasse ist nicht scharf darauf, den Krieg endlos fortzusetzen. Der damalige britische Sekretär für Nordirland, Peter Brooke, beschrieb die Position des größten Teils der britischen Bourgeoisie ziemlich ungeschminkt in einer recht sensationellen Rede im Jahre 1991. Er sagte:

> "Auf keinen Fall wird Nordirland oder irgendein Teil davon ohne die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung in Nordirland aufhören, Teil des Vereinigten Königreiches zu sein. Wir stehen unnachgiebig zu dieser feierlichen Erklärung und Zusicherung. Dabei erkennen wir gleichzeitig an, daß es eine andere Ansicht darüber gibt, die von der nationalistischen Minderheit in Nordirland fest vertreten wird. Das ist das Streben nach einem vereinigten Irland, nicht einfach nach der Republik Irland, die heute besteht, sondern nach einem Staat mit 32 Grafschaften, der das gesamte Gebiet der Insel umfaßt, und ihrer Ansicht nach die Unterstützung aller Iren verdient. Es ist möglich, jede dieser Ansichten mit Integrität zu vertreten. Es ist akzeptabel mit allen legitimen friedlichen und demokratischen Mitteln entweder die eine Ansicht zu vertreten oder die andere zu verteidigen. ... Das Hindernis zur Entwicklung einer neuen und umfassenderen irischen Identität, wenn die Bevölkerung dies für sich selbst will, liegt nicht in Großbritannien. Teilung ... ist die Anerkennung der Wirklichkeit, nicht die Erklärung des nationalen Eigeninteresses. ... In Nordirland ist es nicht das Streben nach einem souveränen vereinigten Irland, gegen das wir uns verwahren, sondern dessen gewalttätiger Ausdruck ... Die britische Regierung hat kein selbstsüchtiges strategisches oder wirtschaftliches Interesse an Nordirland: Unsere Rolle besteht darin zu helfen, zu ermöglichen und zu ermutigen" (zit. in Brendan O'Brien, *The Long War: The IRA and Sinn Fein 1985 to Today*, 1993).

Aus dem Munde eines anglo-irischen Aristokraten, der eine herrschende Klasse repräsentiert, die für unzählige Gewalttaten gegen das irische Volk verantwortlich zeichnet, ist diese Rede offensichtlich Heuchelei. Dennoch war es eine überraschende Erklärung, die darauf abzielte, die IRA zu Gesprächen zu ermutigen. Die "Ausgewogenheit" in Brookes Rede, ihre Verurteilung von "Gewalt und Zwangsmaßnahmen" auf beiden Seiten, wurden von raffinierten republikanischen Strategen als klarer Hinweis dafür gesehen, daß Britannien irgendwann einmal bereit sein könnte, die Loyalisten aufzugeben, sofern die IRA die konstitutionelle Politik akzeptiere. Das brachte die Paisleyisten zur Raserei.

Eine ähnliche Sprachregelung wird in der Downing-Street-Erklärung vom Dezember 1993 verwendet; im Anglo-Irischen Rahmendokument vom Februar 1995 wird nun versucht, dies in die Praxis umzusetzen. Sein Kernstück ist ein Aufruf zur Formierung einer gesamt-irischen Körperschaft aus Teilen des Dail und einer neuen Versammlung der "Machtteilung" im Norden, die "sinnvolle Funktionen auf der Ebene der Exekutive" (d. h. Macht, Anweisungen zu geben) haben soll, und zwar besonders in wirtschaftlichen Fragen. Obwohl eine solche Körperschaft keine Kontrolle über den repressiven Apparat des nordirischen Staates hätte, gibt es eine Klausel in dem Dokument [, die der Irischen Republik faktisch die Möglichkeit eröffnet, die Macht des nordirischen Kleinstaates zu untergraben, Anm. v. uns]:

> "Der Nord-Süd-Körperschaft würde es auch freistehen, den jeweiligen Verwaltungen und Gesetzgebungsorganen nahezulegen, neue Aufgabenbereiche zu bestimmen, die von dieser Körperschaft erfüllt oder überwacht werden sollten, und daß Angelegenheiten, die bereits entsprechend bestimmt worden sind, zu ihr verlagert werden sollten auf einer Skala die von Konsultation über Harmonisierung bis hin zur Durchführung reicht" (Anglo-Irish framework document, *Times* (London), 23. Februar).

Die britische Regierung verpflichtet sich, das aus dem Jahr 1920 stammende Gesetz über die Regierung von Irland (Government of Ireland Act), mit dem Nordirland dem "Vereinigten Königreich" einverleibt wurde, zu ändern oder zu ersetzen; die irische Regierung verpflichtet sich im Gegenzug, ihre Verfassung zu ändern, im besonderen die Artikel 2 und 3, die einen territorialen Anspruch auf den Norden enthalten.

Die Hauptwirkung dieser Vorschläge bestünde darin, für eine gewisse Zeit einen "harmonisierten" gesamt-irischen Kapitalmarkt zu schaffen. Die Absicht scheint zu sein, die beiden Teile Irlands durch "die Kräfte des Marktes" näher zusammenzutreiben. Eine wirtschaftliche "Harmonisierung" würde früher oder später ohne Zweifel zur Forderung nach einer gemeinsamen Währung seitens des Handels führen. Sie könnte auch verheerende Auswirkungen auf die

betagten Industrieanlagen des Nordens haben. Nordirland erhält, im Unterschied zu den anderen Gebieten des "Vereinigten Königreiches", Industriezuschüsse von Westminster, die in der Vergangenheit hoch genug waren, um die Provinz vor der Flut von Massenentlassungen, Kürzungen, Privatisierungen und Deregulierungen zu schützen, die sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten über Großbritannien ergoß. Die Tories taten dies nicht uneigennützig - sie wollten nur kein Öl ins Feuer zu gießen. Für die Tories ist die "Harmonisierung" eines gesamt-irischen Marktes ein Ausweg (so hoffen sie zweifellos), um sich nach und nach von einem peinlichen und kostspieligen Problem zu lösen, das ihnen von früheren Generationen ihrer Klasse überlassen wurde.

Aber das ist ein gefährliches Spiel. Es kann zu einem neuen kommunalen Krieg führen, wenn die Protestanten zu der Überzeugung gelangen, daß sie von den Briten betrogen werden. Die Geschichte gibt Grund genug zur Annahme, daß die Protestanten kämpfen werden, wenn sie sich damit konfrontiert sehen, vom Süden geschluckt zu werden. Trotz all der kurzfristigen Illusionen über den "Friedensprozeß", die in beiden Gemeinschaften stark sind, bedeuten die Versuche, den Kuchen innerhalb des kapitalistischen Systems "gleichmäßiger" zu verteilen, daß die protestantischen ArbeiterInnen leiden werden, die trotz ihrer Privilegien einen der schlechtesten Lebensstandards in Europa haben. Und so führt der "Friedensprozeß" ganz und gar nicht zu einer neuen Ära der Harmonie zwischen Protestanten und Katholiken, sondern droht vielmehr, verschärften kommunalen Hass und Krieg mit sich zu bringen.

Während sich die Mehrheit der britischen herrschenden Klasse dem "Friedensprozeß" verpflichtet fühlt, gibt es auch eine lautstarke, mit den Loyalisten eng verbundene, Minderheit, die ihn zu sabotieren versucht, indem sie die Republikaner provoziert, ihre Feuerpause zu brechen. Dies zeigt deutlich die von rechtsorientierten Medien groß aufgezogene Kampagne, die Freilassung eines von zwei britischen Soldaten zu erreichen, die jemals wegen Mordes an Katholiken (ein junges Mädchen) verurteilt wurden. Dies scheint auch hinter der Randale britischer Faschisten beim Fußballspiel England-Irland im Februar in Dublin gestanden zu haben.

Die Linke und der "Friedensprozeß"

Keine Fraktion in der Führung von IRA oder Sinn Fein tritt für den Sozialismus ein. Den linken Flügel bilden Sozialdemokraten, die die "Wiedervereinigung" als Allheilmittel aller sozialen Mißstände anbieten. Darin folgt ihnen der größte Teil der britischen und irischen "extremen Linken", die die IRA des "Ausverkaufs" bezichtigen, da sie sich am "Friedensprozeß" beteiligt. Entsprechend pflegen die britische und die irische Sektion der Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale (LRKI), Workers Power und Irish Workers Group, ihren Angriff auf IRA und Sinn Fein auf deren "Zurückweichen" von der Position einer erzwungenen Wiedervereinigung Irlands zu konzentrieren. So schreiben sie:

> "Die IRA hat ihren Guerillakampf beendet, ohne die britische Armee zu zwingen, Irland zu verlassen, und ohne das nationale Selbstbestimmungsrecht für das irische Volk oder die revolutionäre Zerstörung der protestantischen Privilegien im loyalistischen Staat zu erreichen. Ihre Unterstützung der Meinung, daß es durch Verhandlungen mit dem britischen Staat, der südlichen Bourgeoisie und den Unionisten, einen friedlichen Weg zur Einheit gäbe, markiert einen historischen Verrat irischer revolutionärer Demokratie durch Sinn Fein und die IRA ... Die IRA hat die ersten Schritte auf einem Weg sanktioniert, der zu vollständiger Kapitulation vor dem Unterdrücker führt und der sie bald dazu führen wird, die Verantwortung zu übernehmen, ihren Unterstützern die bürgerliche Ordnung aufzuerlegen. Die IRA hat mit ihrer Erklärung signalisiert, daß die revolutionäre, anti-imperialistische Bedrohung durch den kleinbürgerlichen Nationalismus zu Ende ist. Ideologisch und politisch war die Möglichkeit eines solchen Verrats schon immer in dem verwirrten, utopischen, kleinbürgerlichen Programm von Sinn Fein und IRA angelegt" (*After the IRA Ceasefire*, LRKI Erklärung, in *Workers Power*, Oktober 1994).

Das Programm der IRA ist erheblich schlimmer als lediglich "verwirrt" und "utopisch". Es richtet sich schlichtweg gegen die Interessen der Arbeiterklasse; es befürwortet die Schaffung eines gesamtirischen bürgerlichen Staates, ungeachtet der Wünsche der protestantischen Minderheit auf der Insel. Vielleicht hält Workers Power (WP) die Programme der hinduistischen und moslemischen Kommunalisten, die die blutige Teilung Indiens vollzogen und dabei Abertausende mit "falscher" Nationalität töteten, für "verwirrt" und "utopisch". Viele von ihnen waren schließlich auch "Anti-Imperialisten". MarxistInnen nehmen bürgerliche und kleinbürgerliche Nationalisten in Situationen kolonialer Unterdrückung gegen den Imperialismus in Schutz, jedoch ohne ihnen auch nur einen Funken politischer Unterstützung zu geben. WPs kritische Bemerkungen über den "historischen Verrat" der IRA an der "revolutionären Demokratie" zeigen in Wirklichkeit, daß das einzige, was die IRA "verraten" hat, WPs Illusionen in den kleinbürgerlichen Nationalismus sind.

Workers Power versucht, ein Programm von Übergangsforderungen zu formulieren, um auf die Frage einzugehen, wie protestantische ArbeiterInnen vom Loyalismus zu brechen sind. Die LRKI fordert in ihrer Erklärung "Arbeitsplätze für alle, angemessene Unterkunft und soziale Dienste, Ausbildung und Erholung" und ruft "zur Bildung von Organen der Arbeiterdemokratie in Kämpfen, zur Arbeiterkontrolle über die Wirtschaft und zum Kampf für eine Arbeiterregierung" auf. Sie formuliert sowohl eine Reihe von Forderungen gegen den klerikalen Staat der 26 Grafschaften als auch gegen die protestantischen Fanatiker:

> "Totale Trennung von Kirche und Staat. Die Kirche muß getrennt von der Verfassung, den Universitäten, Schulen, Krankenhäusern und sozialen Diensten sein. Nicht einen Pfennig der Staatsfinanzen an irgendeine Kirche. Für kostenlose und legale Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung auf Verlangen. Für kostenlose Scheidung bei Zustimmung eines Partners."

Diese Forderungen können alle vollständig unterstützt werden, in der Tat ist deren Aufstellung für MarxistInnen obligatorisch. Aber WPs Position der Zwangs-Wiedervereinigung (und die Anprangerung Sinn Feins als "Verräter", nur weil sie einen indirekteren Weg suchen, der in Wirklichkeit zum selben Ziel führt) widerspricht dem gesamten Zweck von Übergangsforderungen. Übergangsforderungen sind im Kontext einer geteilten Arbeiterklasse ein Mittel, um der Klasse zu ermöglichen, die nationale Teilung zu überwinden, und um *allen* ihren Teilen klarzumachen, daß sie bei der Vereinigung mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern anderer Nationalitäten oder Gemeinschaften im Kampf für die proletarische Staatsmacht *nichts zu fürchten haben*. Die Forderung nach erzwungener Wiedervereinigung bedeutet das genaue Gegenteil. Es ist eine antidemokratische Forderung, die jede Aussicht auf die Einheit der Arbeiterklasse nur verhindern kann. Mit ihr schlägt man als Bedingung für Kämpfe der Arbeiterklasse vor, daß ein Teil der Arbeiterklasse die Identität seiner Gemeinschaft aufgibt und die Bestrebungen der anderen, historisch als Feind angesehenen

Gemeinschaft, übernimmt. Eine "Vereinigte Irische Arbeiterrepublik", zu der WP aufruft, wäre in der Tat die optimale Lösung. Sie kann und darf jedoch der protestantischen Arbeiterklasse nicht aufgezwungen werden.

Die aus Ablehnung und "hartem" Nationalismus bestehende Haltung, die Republikaner für den "Verrat" an ihrem eigenen Programm anzugreifen, ist keineswegs nur auf Workers Power beschränkt. Die selbsternannten "orthodoxen TrotzkistInnen" der Internationalen Kommunistischen Liga (Spartacist League/Britain und Dublin Spartacist Group) sind ebenfalls im Schlepptau der "Ultra-Ablehner" zu finden, wenn sie sich nicht gerade in unfruchtbaren brutalen Polemiken, in der Art von Neo-Healyisten, gegen ihre konventionelleren zentristisch-reformistischen Gegner suhlen ("Zuhälter für den Imperialismus" scheint eine beliebte Beschimpfung zu sein). Zum Beispiel enthält ein Artikel, geschrieben zur Zeit des Gipfeltreffens von Major und Reynolds in der Downing Street, die folgende haarsträubende Warnung:

> "Teile der Bourgeoisien in London und Dublin haben zusammen mit ihren Lakaien von Labour und Sozialdemokratie die weitverbreitete Furcht, Ablehnung und Verzweiflung bezüglich sektiererischer Gewalt als Gelegenheit benutzt, Nordirland einen imperialistisch aufgezwungenen "Friedens"-Deal unterzuschieben. Jeder imperialistische "Deal" wird blutig und brutal sein und *notwendigerweise auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit* durchgeführt werden. Und es würde auch der protestantischen Arbeiterklasse nichts Gutes bringen" (*Workers Hammer*, November/Dezember 1993, Hervorh. im Original).

Workers Hammer prangert die Waffenruhe der IRA mit Schlagzeilen wie "IRA/Sinn Fein sind für den imperialistischen 'Friedens'betrug" (September/Oktober 1994) an und spielt sich zumeist als unversöhnlichster Gegner des Waffenstillstands auf. Zieht man die heutige SL-Presse in Betracht, ist es fast unmöglich zu glauben, daß die Herangehensweise der Internationalen Bolschewistischen Tendenz an die Frage vermischter Völkerschaften im allgemeinen und zur irischen Frage im besonderen, von dieser Organisation (zu einer Zeit, als sie [politisch] noch gesünder war) stammt. Natürlich sind MarxistInnen gegen "Friedens"pläne des Imperialismus genauso wie wir gegen deren Kriege sind; das Ziel all solcher Projekte ist es, die imperialistischen Interessen zu fördern. Jedoch zu behaupten, daß jede "Übereinkunft", welche auch immer schließlich ausgebrütet werden mag, "notwendigerweise auf Kosten der unterdrückten katholischen Minderheit" gehe, ist nicht "notwendigerweise" wahr. Sie könnte auf Kosten der Protestanten gehen. Die Mehrheit der britischen Bourgeoisie betrachtet die Protestanten als Klotz am Bein und würde liebend gern jede Verantwortung für sie loswerden - bis hin zur Erlaubnis, die Bedingungen der Unterdrückung umzudrehen - wenn sichergestellt wäre, daß dies nicht zu einem Bosnien vor Britanniens Haustür führt. Hier liegt der wesentliche Grund für den Aufschrei der Loyalisten. Zu einer Zeit als James Robertsons internationale Spartacist Tendenz (heute die Internationale Kommunistische Liga (IKL)) noch politisch denken konnte, wurde eine solche "Lösung" als ziemlich wahrscheinlich angesehen. Tatsächlich wurde sie ja auch schon einmal versucht. Reuben Samuels bemerkte zum Generalstreik der Unionisten im Jahre 1974:

> "Der Generalstreik in Ulster von 1973 [sic,! tatsächlich 1974], ein vierzehntägiger Generalstreik, der Nordirland völlig dicht machte, demonstrierte, daß die gesellschaftliche Macht und das gesellschaftliche Gewicht des Proletariats vorhanden sind, auch wenn sie in diesem besonderen Fall für reaktionäre Zwecke eingesetzt wurden. Es war auch ein ganz und gar anti-britischer Streik. Die Briten hatten den Council of Ireland [Rat von Irland] eingerichtet, einen Plan für die friedliche, aber (durch wirtschaftlichen Druck) erzwungene Wiedervereinigung Irlands und die Aufgabe Nordirlands, das zu einer Belastung für den britischen Imperialismus geworden ist" (*Spartacist 24, Herbst 1977*).

Was hat sich geändert - die politische Lage in Irland oder die SL? Wir sehen keine grundlegende Änderung der politischen Lage in Irland, und die AnhängerInnen Robertsons haben keinen Hinweis gegeben, daß sie eine solche sehen. Könnte es sein, daß diese ach-so-beständigen GegnerInnen des republikanischen Nationalismus, jetzt in einer Periode organisatiorischer und politischer Senilität, ein bißchen Grünspan ansetzen?

Solche opportunistischen Abweichungen zeigen der SL ihre eigene Zukunft. Wie bei den Mitgliedern von Gerry Healys Workers Revolutionary Party wird für viele ihrer zutiefst zynischen Kader vom "Trotzkismus" nicht mehr viel übrig bleiben, wenn erst einmal die bürokratische Schale bricht. Woher der Wind weht, zeigt die Fusion einiger führender IKL-Kader in Kanada mit den Allerwelts-Zentristen der (ex-healyistischen) Workers International League/Leninist Trotskyist Tendency, die natürlich die übliche Vorliebe der Zentristen teilen, dem Nationalismus hinterherzulaufen, in Irland und anderswo. Es ist sinnvoll, sich daran zu erin-

Belfast im Juli 1995 nach der Freilassung eines britischen Soldaten, der wegen Mordes an einer Katholikin zu lebenslanger Haft verurteilt worden war

nern, daß die rechte Stoßrichtung der Spaltung (der Healyisten) Mitte der 70er Jahre, geführt von Alan Thornett, eine *Vorwegnahme* dessen war, was mit dem Rest der WRP geschah, als diese Organisation endgültig implodierte.

Marxismus und Nationale Frage in Irland

Das gegenwärtige Dilemma der IRA - ob ein bestimmter Mix aus "Waffen und Wahlurne" angemessen ist oder ob der bewaffnete Kampf überhaupt aufgegeben werden sollte - ist nicht unser Problem. Da wir die Ziele der IRA nicht teilen, geben wir auch keine taktischen Ratschläge, wie man sie am besten erreichen könnte. Wir sind gegen ihre nicht zu verteidigenden kriminellen Angriffe auf Zivilisten, während wir ihre Angriffe auf die repressiven Kräfte des Staates durchaus verteidigen. Wir sind gegen ihr gesamtes bankrottes nationalistisches Programm, das letztlich auf die Schaffung eines geeinten bürgerlichen Staates unter der irischen Trikolore hinausläuft.

Die derzeitige Einstellung des sektiererischen Mordens, sowohl seitens der paramilitärischen Loyalisten als auch seitens der IRA, scheint die Möglichkeiten einer auf Klassenfragen basierenden Einigkeit zwischen protestantischen und katholischen ArbeiterInnen verbessert zu haben. Aber der Klassenkampf könnte leicht unter einer neuen Welle des Nationalismus verschwinden.

Nur ein revolutionäres Programm - abgeleitet von der Methode Lenins, mit der er die verwickelte nationale Frage im ehemaligen Zarenreich anging - kann die Mittel zur Lösung der konfliktreichen kommunalen/nationalen Bestrebungen der beiden Völkerschaften Irlands bringen. Eine solche Lösung verlangt ein konkretes Übergangsprogramm mit Forderungen, die sowohl auf die wirtschaftlichen als auch nationalen Fragen eingehen. Zum Beispiel könnte die elementare Forderung für gleichen Zugang zu Jobs und Wohnungen für die Katholiken im Norden, wenn sie im Rahmen eines akzeptierten kapitalistischen Status quo umgesetzt würde, unionistischen Fanatikern die Möglichkeit geben, sie zu einer Forderung umzudeuten, nach der protestantische ArbeiterInnen ein noch kleineres Stück vom kleiner werdenden Kuchen bekämen. Das würde das Feuer des kommunalen Antagonismus nur anfachen. Eine revolutionäre Organisation muß sich verpflichtet fühlen, für die arbeitende Bevölkerung *beider* Gemeinschaften *mehr* zu erkämpfen - ein massives Programm öffentlicher Arbeiten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und für den Wiederaufbau der Infrastruktur, Jobs für alle durch Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich verbunden mit dem Ende der Diskriminierung.

Hiermit verbunden ist die Notwendigkeit, einer neuen Epidemie des sektiererischen Mordens vorzubeugen. Die Arbeiterklasse, sowohl Protestanten als auch Katholiken, muß ihre eigenen gemeinsamen Verteidigungsgruppen bilden, um die Arbeiterbewegung gegen Banden von Loyalisten und extremistischen Republikanern zu schützen, die nicht davor zurückschrecken würden, sektiererische Morde zu begehen, nur um den integrierten Kampf der Arbeiterklasse zu torpedieren. In jeder Einheit müßten sowohl Protestanten als auch Katholiken sein, damit der nicht-sektiererische Charakter für alle klar wäre, und sie müßte die Verantwortung für die Verteidigung *beider* Gemeinschaften gegen sektiererische Angriffe übernehmen. Solchen Formationen würde auch eine Schlüsselrolle im Kampf gegen britische imperialistische Angriffe auf die Arbeiterbewegung zukommen. Eine gemeinsame Arbeitermiliz würde natürlich eine führende Rolle in jedem Massenaufstand gegen den britischen Imperialismus und orange/grünen Kapitalismus innehaben. Eine solche Entwicklung könnte nur durch die erfolgreiche Intervention und das Wachsen einer revolutionären marxistischen Partei entstehen, die tief im Proletariat beider Gemeinschaften verwurzelt ist.

Während authentische TrotzkistInnen kompromißlos gegen die britische Kolonialherrschaft in den sechs Grafschaften kämpfen, trachten sie danach, die demokratischen Rechte beider Gemeinschaften zu verteidigen. Unsere Haltung leitet sich von der früheren Periode der internationalen Spartacist Tendenz ab, als diese noch eine gesunde, revolutionäre marxistische Organisation war:

> "Irland, wie andere Fälle vermischter Völker im Nahen Osten und Zypern, stellt eine schlagende Bestätigung der trotzkistischen Theorie der permanenten Revolution dar. Die unvermeidliche Schlußfolgerung ist, daß obwohl Revolutionäre allen Aspekten nationaler Unterdrückung entgegentreten, sie auch anerkennen müssen, daß die miteinander in Konflikt stehenden Ansprüche vermischter Völker nur im Rahmen eines Arbeiterstaates gerecht gelöst werden können. Wir kämpfen für eine irische Arbeiterrepublik als Teil einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln. Obwohl die Errichtung eines vereinigten Arbeiterstaates auf der gesamten Insel am günstigsten sein mag, ist die obige Forderung algebraisch und läßt offen, welche Richtung die Protestanten einschlagen werden. Dies in Anerkennung der Tatsche, daß der Charakter der protestantischen Volksgruppe noch nicht von der Geschichte entschieden ist. In diesem Sinne ist sie Forderungen nach einer "vereinigten Arbeiterrepublik" oder nach einem "vereinigten sozialistischen Irland" (wo diese Forderung nicht ohnehin nur ein Ausdruck linker Etappentheorien nationalistischer oder stalinistischer Couleur ist) entgegengesetzt. Die Forderung in den Kontext einer sozialistischen Föderation zu stellen, hat den zusätzlichen Vorteil, das wesentliche Verhältnis der proletarischen Revolution in dem gesamten Gebiet hervorzuheben, sowie auch die praktische Unmöglichkeit, die irische Frage außerhalb dieses Rahmens auf einer proletarischen Basis zu lösen. Dies und die starke Vertretung irischer Arbeiter in der Arbeiterklasse Englands führt uns zur Forderung nach einer die britischen Inseln umfassenden Gewerkschaftsföderation, als einer Methode, den gemeinsamen Kampf voranzutreiben und die Spaltungen in der irischen Arbeiterklasse zu überwinden" (*Theses on Ireland*, *Spartacist* 24, Herbst 1977, zit. aus *Spartacist* 6, deutsche Ausgabe, Juni 1978).

Diese Perspektive könnte auf verschiedene Weise verwirklicht werden. Der frühe Sowjetstaat unter Lenin und Trotzki nutzte eine Vielfalt von Methoden, um dem Recht kleiner Nationen und halb-nationaler Gruppierungen Ausdruck zu verleihen, von völlig eigenständigen Republiken über autonome Gebiete bis zu winzigen Oblasten (autonome Gebiete kleiner Völker, deren demokratischer Inhalt später im Zuge der bürokratischen Degeneration des Sowjetstaates völlig ausgehöhlt wurde). Es könnte eine lockere Föderation zwischen verschiedenen Gemeinschaften mit neu gezogenen Grenzen geben. Oder sogar einen einheitlichen Arbeiterstaat, wenn er auf der Basis von Übereinstimmung entsteht. Solche Angelegenheiten können aber demokratisch nur durch Verhandlungen zwischen ArbeiterrepräsentantInnen beider Gemeinschaften gelöst werden.

Eine andauernde Lösung der verwickelten nationalen Konflikte, die Jahrhunderte britischer imperialistischer Herrschaft Irland hinterlassen haben, kann nur erreicht werden durch die revolutionäre Überwindung sowohl des britischen Imperialismus als auch der loyalistischen und republikanischen Bourgeoisien und durch die Schaffung einer Föderation revolutionärer Arbeiterstaaten auf den britischen Inseln, im Rahmen eines ganz Europa erfassenden Kampfes für den Sozialismus.

(Übersetzt aus *1917* 16: *Irish "Peace Process"*)